



Bildung für alle. Auf das Ergebnis kommt es an!

Das Bildungssystem steht vor großen, zum Teil noch verkannten bzw. unbeantworteten Herausforderungen. Der Übergang zur Wissensgesellschaft, Probleme der Demografie und Migration und die zunehmende gesellschaftliche Spaltung sind die Themen für eine zukunftsweisende Bildungspolitik.

In der modernen Wissensgesellschaft ist entgegen einer verbreiteten Vorstellung nicht das Wissen der knappe Faktor, sondern die Fähigkeit, Wissen sinnvoll zu nutzen. Deshalb brauchen wir möglichst viele, möglichst gut gebildete Menschen, die Wissen in Innovationsprozessen rasch umsetzen können. Auch die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen und das gesellschaftliche Alltagshandeln erfordern in einer komplexen Welt ein großes Wissenspotenzial und die Fähigkeit, mit diesem Wissen produktiv umzugehen.

Die Wissensgesellschaft kann ihre Bildungsanstrengungen deshalb nicht auf eine kleine Bildungselite konzentrieren. Sie muss vielmehr darauf achten, allen Menschen eine möglichst gute Bildung zu vermitteln. Das unterstreicht auch die demografische Entwicklung. Die Zahl der jungen Menschen nimmt ab. Junge qualifizierte Arbeitskräfte werden knapp und ältere müssen ihre Qualifikation erweitern. Lebenslanges Lernen gewinnt für jeden einzelnen Menschen ebenso wie für Wirtschaft und Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung.

In einer globalisierten Welt gehört Migration zum Alltag. Sie führt zur kulturellen Bereicherung. Im eigenen Interesse braucht eine Gesellschaft mit demografischer Verknappung Migration, um ihren Wohlstand und ihren Lebensstandard zukunftsfest zu machen. Gesellschaftliche Integration wird vor allem dann gelingen, wenn Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sich eine gute Bildung aneignen können. Bildung wird gerade hier Voraussetzung dafür, einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Daher gilt: Auch NRW muss mit seinem Bildungssystem dafür sorgen, möglichst viele möglichst gut gebildete Menschen hervorzubringen, die selbstständig und motiviert lebenslang lernen können und wollen. NRW kann sich die Vergeudung von Talenten nicht länger leisten. Dieser Herausforderung kann das Bildungssystem nur dann genügen, wenn es im Sinne der nachfolgenden Ziele und Indikatoren grundlegend reformiert und das Recht auf Bildung für alle verwirklicht wird. Dabei muss Lernen anders organisiert werden. Im Vordergrund steht die Kompetenz, das Lernen zu lernen und Wissen intelligent zu verarbeiten. Der Umbau des Bildungssystems in NRW ist ein längerfristiges Reformvorhaben, das jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Die notwendigen Reformen müssen so schnell wie möglich auf den Weg gebracht und schon bis 2010 zu nachhaltigen Qualitätsverbesserungen führen.



Ziele und Indikatoren für die Legislaturperiode 2005-2010 in Nordrhein-Westfalen

I. Bildungschancen verbessern

Vorrangig muss die erhebliche Ungleichheit der Bildungschancen schrittweise abgebaut werden. Die enge Kopplung von Lernerfolg und sozialer Herkunft sollte mindestens auf den OECD-Durchschnitt des Jahres 2003 vermindert werden.

Die in der PISA-Studie festgestellte Differenz in der Lesekompetenz zwischen Jugendlichen aus sozial ‚stärkeren‘ und ‚schwächeren‘ Familien von heute 100 Punkten muss bis 2010 auf den OECD-Durchschnitt von 80 Testpunkten gesenkt werden. Danach soll NRW schrittweise den Wert aus der PISA- Spitzengruppe erreichen, der bei 53 liegt.

2. Bildung von Anfang an

Alle Kinder in Nordrhein-Westfalen müssen ihre sprachlichen, motorischen, sozialen und kreativen Fähigkeiten umfassend entwickeln können. Deshalb ist eine Ausweitung der Förderangebote zur frühkindlichen Bildung dringend erforderlich.

Für die unter Dreijährigen brauchen wir zu den vorhandenen ca. 10.000 Plätzen zusätzlich 80.000 Betreuungsangebote, um eine Versorgung von mindestens 20 Prozent zu erreichen. Ab Vollendung des dritten Lebensjahres sollen alle Kinder eine Tageseinrichtung besuchen können. Dazu muss die tatsächliche Versorgungsquote von jetzt 83,6 Prozent auf mindestens 95 Prozent steigen.

3. Fördern statt sitzenbleiben

Schülerinnen und Schüler sollen in NRW erfolgreich und ohne Zeitverzug die Schule besuchen können.

Ein Viertel (26,6 Prozent) aller 15-Jährigen in NRW wiederholt im Verlauf ihrer Schulkarriere mindestens einmal eine Klasse. Dieser Anteil muss bis zum Jahr 2010 halbiert und danach kontinuierlich auf Null reduziert werden. Die dadurch gewonnenen Ressourcen sind konsequent in Fördermaßnahmen umzuwidmen.

4. Mehr Schulabschlüsse – bessere Ausbildungsfähigkeit

Niemand soll die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen müssen. Jede/r muss die Kompetenzen erwerben können, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung notwendig sind.

Bis zum Jahr 2010 muss daher in einem ersten Schritt die Zahl derer, die keinen Hauptschulabschluss erwerben, halbiert werden - bei den deutschen Schülerinnen und Schülern von derzeit 6,1 Prozent auf 3,0 Prozent, bei den ausländischen von derzeit 12,8 Prozent auf höchstens 6 Prozent. Die Zahl der Jugendlichen mit mindestens einem mittleren Abschluss (FOR) soll jährlich um 2 Prozentpunkte erhöht werden.

5. Mehr Jugendliche mit Hochschul- und Fachhochschulreife

Insbesondere muss die Bildungsbeteiligung der Arbeiterkinder und der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesteigert werden.

Der Anteil der Jugendlichen eines Jahrgangs mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife (derzeit 46,2 Prozent) muss in NRW bis 2010 den OECD-Durchschnittswert des Jahres 2003 von 61 Prozent erreichen. Das entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von 3 Prozentpunkten.

6. Mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen

13,2 Prozent der unter 25-Jährigen bleiben heute bundesweit ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Diese Quote muss bis zum Jahr 2010 auf die Hälfte gesenkt werden.

Dies erfordert ein höheres Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen und eine konjunktur-unabhängige Finanzierung der dualen Berufsausbildung.

7. Studienabschlussquote steigern

Die Studienabschlussquote muss sich schrittweise dem OECD-Mittelwert 2003 von 31,8 Prozent annähern.

In Nordrhein-Westfalen erreichen derzeit 18,6% der entsprechenden Altersjahrgänge einen Abschluss an Fachhochschulen oder Universitäten. Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger und die Effizienz der Hochschulausbildung müssen in den kommenden Jahren so gesteigert werden, dass zu Beginn des nächsten Jahrzehnts ein Viertel eines Altersjahrgangs ein Studium abschließen wird.

8. Lebenslanges Lernen gibt es nicht umsonst

Die Bedeutung des lebenslangen Lernens für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft wächst. Gegenwärtig nimmt aber nicht einmal jeder dritte Erwachsene in NRW an Maßnahmen der beruflichen und allgemeinen Erwachsenenbildung teil.

Arbeitgeber, Agenturen für Arbeit und Landesregierung müssen ihren Beitrag zur Steigerung der Beteiligungsquote an Weiterbildungsangeboten leisten. Dazu ist insbesondere auch eine gesicherte Finanzierung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW erforderlich. Von der Landesregierung fordern wir: Bis zum Jahre 2010 soll der finanzielle Umfang der gesetzlichen Weiterbildungsförderung in NRW auf ein Prozent des Bildungsetats im Landeshaushalt steigen.

9. Unterstützungssysteme entscheiden die Zukunft

Für die Beschäftigten im Bildungswesen sind Unterstützungssysteme auf- und auszubauen.

Die Sicherung und der Ausbau der Qualifikation der Beschäftigten ist von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität in Nordrhein-Westfalen. Deshalb muss der Etat für Fortbildungen hinsichtlich der Teilnahmetage und der Fortbildungsangebote verdreifacht werden.



Ergebnisse
2005-2010



Schlussklausel

Die hier vorgeschlagenen Ziele sind bewusst bescheiden formuliert und allein der Machbarkeit geschuldet. Sie sind realistisch auf das Ziel gerichtet, Nordrhein-Westfalen bis 2010 an den OECD-Durchschnitt von 2003 heranzuführen.

Aber schon diese Ziele können nur erreicht werden, wenn es gelingt:

- die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen zu motivieren und ihnen eine überzeugende Zukunftsperspektive zu geben;
- das Handeln in der Bildungspolitik und der Bildungsverwaltung systematisch auf Reform, Qualität und demokratische Teilhabe auszurichten; und
- auch bei den Ressourcen in allen Bereichen des Bildungssystems bis 2010 zumindest den OECD-Durchschnitt von 2003 zu erreichen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Memorandums erwarten, dass sich Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber für die hier vorgeschlagenen Reformziele engagiert einsetzen und sich über die Wege zu ihrer Verwirklichung verständigen. Dafür muss ein verlässlicher Rahmen in Form von Vereinbarungen geschaffen werden, in denen gemeinsame Ziele und Verbindlichkeiten sowie eine regelmäßige Berichterstattung fest gelegt werden. Als erste vertrauensbildende Maßnahme könnte eine Vereinbarung über die Reduzierung des Sitzenbleibens getroffen werden.

Prof. Dr. Gabriele Bellenberg, Ruhr-Universität Bochum; **Marianne Demmer**, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der GEW; **Walter Haas**, Vorsitzender des DGB-NRW; **Prof. Dr. Klaus Klemm**, Universität Duisburg-Essen; **Prof. Dr. Franz Lehner**, Präsident des IAT im Wissenschaftszentrum NRW; **Andreas Meyer-Lauber**, Vorsitzender der GEW NRW; **Prof. Dr. Hans-Günter Rolff**, Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung, Universität Dortmund; **Dr. Eva Maria Stange**, Bundesvorsitzende der GEW; **Detlef Wetzel**, IG Metall-Bezirksleiter NRW